

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 110.

Montag den 19. April.

1852.

Bekanntmachung.

Selt unserer letzten Bekanntmachung vom 19. Februar d. J. sind der hiesigen Armenanstalt wieder folgende Vermächtnisse zugefallen

1000 Thlr.	—	—	—	von Herrn Kaufmann R. J. Salomon.
200	—	—	—	von Fräulein Juliane Christiane Kummer.
100	—	—	—	von Herrn F. W. Munkelt.

Ferner sind vom 11. Februar bis zum 7. April d. J. an außerordentlichen Geschenken der Armenanstalt übermittelt worden:

2 Thlr.	—	—	—	Geschenk wegen eines rückgängig gemachten Geschäfts, von einem Ungenannten.
5	—	—	—	desgl. von einem Ungenannten unter Nr. 7 mit Siegel J. H. S. durch die Stadtpost.
6	—	2	—	desgl. aus der Armenbüchse des Vereins „Thalia.“
5	—	—	—	desgl. vom Speisewirth Herrn G. Wölbling, als aus einer Proceßsache seiner, Klägers, gegen den Handlungscommis Herrn E. Krimpe, Beklagten, in Folge eines von ihm geleisteten Eides empfangen.
5	—	18	—	desgl. von der Gesellschaft „Saronia.“
5	—	—	—	desgl. von der Gesellschaft „Tunnel“ als Betrag einer gezogenen und von Herrn Dürr der Gesellschaft überlassenen Actie.
—	—	15	—	desgl. von Herrn F. A. A. E. als Ertrag eines Kleiderhalters.
200	—	—	—	desgl. von den Herren Jacob & Gustav Gebr. Plaut bei ihrem Bürgerwerden.
45	—	—	—	desgl. von der Gesellschaft „Orion.“
2	—	20	—	Erlös für durch R. A. J. der Armenanstalt übergebene 6 Flaschen Punsch-Essenz und dgl. Geschenk wegen Ertheilung von Schankconcession.
2	—	17	—	Geschenk als Ueberschuß beim Ballo der Gesellschaft „Eintracht.“
10	—	—	—	desgl. aus der Armencaße des Bürger-Vereins.
50	—	—	—	desgl. von Mad. Julie verw. Groß, geb. Schlemm, als Betrag der beim Begräbniß ihres Ehegatten dessen letztem Willen gemäß gemachten Ersparnisse.
—	—	10	—	desgl. von einem Ungenannten durch die Stadtpost.

Für diese Gaben der Wohlthätigkeit sprechen wir sowohl gegen die verewigten Wohlthäter, als auch gegen die edeln Schenkgeber im Namen der Armen unsern Dank hiermit öffentlich aus.

Leipzig den 16. April 1852.

Das Armendirectorium.

Landtag.

Zweite Kammer. (53. öffentliche Sitzung den 17. April.) Tagesordnung: Berathung des Berichts der zweiten Deputation über das Allerhöchste Decret, die Zoll-, Steuer-, Handels- und Schiffahrtsverhältnisse Sachsens betreffend.

Die Abtheilung A. des königl. Decrets betrifft „den größern deutschen Zollverein.“ Ueber den gegenwärtigen Standpunct der deutschen Zoll- und Handelsverhältnisse und die Stellung Sachsens zu denselben spricht sich der Deputationsbericht in folgender Weise aus:

„Wenn die Staatsregierung anerkennt, daß der deutsche Zollverein auch in den schwierigsten Verhältnissen der letzten Vergangenheit seine erfolgreiche Wirkung nach Innen und Außen bewährt hat, so kann die Deputation dem nur vollständig beipflichten. Auch die Deputation muß deshalb mit der Staatsregierung tief bedauern, daß diese wohlthätige Schöpfung durch die seit der königl. preuß. Regierung in Folge des von der letztern mit der königl. hannov. Regierung abgeschlossenen Vertrags erfolgte Kündigung in Frage gestellt ist, um so mehr, als nach Ansicht der Deputation es wohl einen andern kürzern und minder gefährlichen Weg gegeben haben würde, hierbei das Bestehende mit dem neu Erworbenen zu verbinden. Die Deputation muß auf das Dringendste wünschen, daß aus den bevorstehenden Zollconferenzen in Berlin der deutsche Zollverein erweitert, gekräftigt und in manchen der ihm zu Grunde gelegenen vertragsmäßigen Bestimmungen nach den sich kund gegebenen Erfahrungen verbessert neu hervorgehe und daß es nächstem

gelingen möge, auch mit der k. k. österreich. Regierung zu einer Vereinbarung über gegenseitige Zugeständnisse zu gelangen, die sicher eben so im Bereiche der Möglichkeit rücksichtlich der stattfindenden Verhältnisse als im wohlverstandenen Interesse beider Zollgruppen liegen möchten. In letzterer Beziehung hofft die Deputation, daß die stattgefundenen Conferenzen in Wien, deren Besichtigung seitens der Staatsregierung sicher dem diesseitigen Interesse nur ganz entsprechend erachtet werden konnte, den Weg gebahnt haben werden, behält sich aber das Urtheil über diese Angelegenheit und die etwa dort gefaßten Beschlüsse vor bis zu der Zeit, wo die Staatsregierung weitere Eröffnungen darüber wird haben machen können. Es ist ein wichtiger, folgenswerter, die Interessen unsers engern und weitem Vaterlandes tief berührender Augenblick, in dem wir uns gegenwärtig in handelspolitischer Beziehung befinden, und wenn die Deputation nach reiflicher Erwägung sich dahin entschieden hat, dennoch keine speciellen, auf die Angelegenheit bezüglichen Anträge an die Staatsregierung der geehrten Kammer vorzuschlagen, so wird sie hierbei von folgenden Erwägungen geleitet. Zunächst hat nämlich die Deputation aus den bezüglichen Berathungen mit den Herrn Regierungscommissarien die Ueberzeugung gewonnen, daß die Staatsregierung im Allgemeinen dieselben Wünsche rücksichtlich der Erhaltung, Erweiterung und innern Bervollkommnung des Zollvereins hegt, welche die Deputation weiter oben ausgesprochen hat, und daß hiernach erwartet werden darf, es werde die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln nach diesem Ziele streben. Hiernächst konnte die Deputation nicht unerwogen lassen, daß immerhin specielle Anträge für Angelegenheiten, die, wie die vorliegende, im